

Flüchtlingsunterkunft Eduard-Grunow-Straße

Die Zahl der Asylsuchenden ist im Herbst 2012 im Vergleich zu den letzten Jahren stark angestiegen. Während im Frühjahr im Schnitt dreißig Personen neu nach Bremen kamen, sind es nun fast 90.

Die Flucht aus Bürgerkrieg, Rechtlosigkeit und Elend ist oft ein lebensgefährliches und qualvolles Unterfangen. Im Weserkurier war zu lesen, dass im letzten Jahr im Mittelmeer 2000 Menschen bei ihrem Versuch die Küsten Europas zu erreichen ertrunken sind. Die EU wird von einem harten und nahezu lückenlosen Grenzschutz gegen Flüchtlinge abgeschirmt.

Selbstverständlich machen sich die Menschen aus vielen Gründen auf den gefährvollen Weg. Das Asylrecht ist aber nur den politisch, religiös oder rassistisch Verfolgten vorbehalten. Jede/r Asylsuchende/r hat aber ein Recht darauf, dass sein/ ihr Fall vor einem deutschen Gericht geprüft und entschieden wird. Bis dahin braucht er/ sie ein Dach über dem Kopf und alles andere was zum Leben nötig ist.

Die Kapazität der vorhandenen Flüchtlingsunterkünfte in Bremen ist ausgeschöpft. Es droht die Unterbringung in Turnhallen und Zelten. Das Sozialressort hat die Anstrengungen, Asylsuchende in normalen Wohnungen unterzubringen, verstärkt. Da zeigen sich auch Erfolge. Eine geeignete Wohnung zu finden ist aber zurzeit schwierig in unserer Stadt, insbesondere für Asylsuchende.

In dieser Situation hat das Sozialressort den Beirat Mitte um Zustimmung zur Errichtung einer neuen Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Haus des Sports an der Eduard-Grunow-Straße gebeten. Das Haus soll für 10 Jahre angemietet werden und bis zu 60 Personen eine Unterkunft geben.

Der Beirat stimmt der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Haus des Sports zu.

Folgende Punkte möchte der Beirat besonders hervorheben:

1. Es gibt in Bremen an die 600 Plätze in 4 Flüchtlingsunterkünften in den Stadtteilen. 60 Plätze sollen nun in Mitte dazu kommen. Der Beirat ist davon überzeugt, dass der Stadtteil und das Sozialressort dafür sorgen müssen, dass sich die Flüchtlinge in unserem Stadtteil willkommen fühlen, dass sie nach der Flucht zur Ruhe kommen können, dass die Kinder einen Platz im Kindergarten, in der Schule und im Sportverein brauchen. Das Viertel kann mit seinen zahlreichen Initiativen und Institutionen viel dazu beitragen, dass der Albtraum der Flucht ein Ende findet.
2. Der Beirat hat sich am Wardamm ein Bild von einer großen Unterkunft für Flüchtlinge mit 165 Plätzen gemacht. Wir haben gelernt: damit das Leben in der Flüchtlingsunterkunft einigermaßen gelingt, ist es hilfreich, wenn die Bewohner/Innen aus unterschiedlichen Herkunftsländern kommen und wenn Familien und Alleinstehende das Haus gemeinsam nutzen. Die Belegung des Hauses muss in sozialverträglicher Weise erfolgen. Bei der Auswahl von Bewohnern müssen deren so-

ziokulturelle Unterschiede berücksichtigt werden – auch um möglichen Konflikten zwischen ihnen vorzubeugen. Dafür wird sich der Beirat gegenüber der Behörde einsetzen.

3. Es gibt eine Standardausstattung für Flüchtlingsheime. Für die Eduard-Grunow-Straße ist vorgesehen, eine Hausmeisterstelle, eine halbe Sozialpädagogenstelle und ein Conciergedienst für die Zeiten, in denen der Sozialpädagoge nicht im Haus sein kann. Es ist möglich, dass das Haus mit diesem Personal ordentlich geführt werden kann. Es ist aber auch möglich, dass der Bedarf größer ist. Das Haus muss rund um die Uhr betreut werden. Die ständige Präsenz und Zuständigkeit von Sozialarbeitern ist zu gewährleisten. Der Beirat verlangt von der Behörde eine klare Zusage, dass Mittel und Personal in Abhängigkeit vom tatsächlichen Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
4. Der Zugang und Ausgang des Hauses muss (gerade auch für Kinder) gesichert werden, da der Gehsteig vor dem Haus bis zum vielbefahrenen Radweg nur 120 cm breit ist. Evtl. ist der Radweg auf die Eduard- Grunow-Straße zu verlegen.
5. Den Bewohnern und Bewohnerinnen des Hauses müssen ausreichend große Räumlichkeiten für gemeinsame Aktivitäten und Zusammenkünfte zur Verfügung stehen. Die Bedürfnisse von Kindern sind in besonderer Weise zu berücksichtigen (Spielmöglichkeiten).
6. Sobald sich abzeichnet, wer in dem Haus untergebracht ist, wird der Beirat eine Konferenz aller Vereine und Institutionen durchführen, die in unseren Stadtteilen zu einer fairen Integrationsarbeit beitragen können. Es ist absehbar, dass für diese Arbeit Projektmittel erforderlich werden. Der Beirat erwartet, dass das Sozialressort diese Arbeit fachlich und materiell unterstützt.
7. Den Nachbarn und Nachbarinnen bietet der Beirat an, eine kleine Begleitgruppe zu organisieren, die für einen engen Kontakt zwischen Hausleitung und Nachbarn und Nachbarinnen sorgt und Konflikte frühzeitig bearbeitet. Entscheidungen über die weitere Entwicklung des Projekts werden von der zuständigen Behörde und dem Beirat Mitte ergebnisoffen sowie öffentlich mit den Anwohnern und Anwohnerinnen diskutiert und möglichst einvernehmlich getroffen.

Beirat und Ortsamt werden in den nächsten Wochen das Gespräch mit dem Sozialressort suchen, um für diese Punkte eine Vereinbarung auszuhandeln.

Beschlossen vom Beirat Mitte bei 2 Gegenstimmen